

# Auch Purkersdorf im Griff der Geheimdienste

Weitgehend an der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vorbei wurde Anfang Juli des eben vergangenen Jahres nebenbei mit den Stimmen der Regierungsparteien ein Gesetz beschlossen, das unter dem unheilvollen Titel „Militärbefugnisgesetz“ weit in den Wirkungskreis

## „Auskunftspflicht“:

Alle Organe der Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) und andere Körperschaften öffentlichen Rechts (Kammern) sowie die von ihnen betriebenen Stiftungen und Anstalten sind verpflichtet, den Geheimdiensten Auskünfte zu erteilen.

## Überwachung:

Zur Abwehr gegenwärtiger Angriffe und zum vorbeugenden Schutz militärischer Rechtsgüter sind die Datenermittlung durch Observation und die verdeckte Ermittlung gestattet.

In offiziellen Materialien zum Gesetz ist hier von „Kritikern“ des Heeres die Rede. Der vorbeugende Schutz gegenüber KritikerInnen durch Überwachung öffnet dem Irrwitz Tür und Tor

## Dokumenten-Fälschung:

Auf Verlangen des Heeresministeriums sind von den Behörden für die verdeckte Ermittlung Urkunden herzustellen, die über die Identität einer Person täuschen.

## Verfassungswidrige Datenweitergabe an ausländische Geheimdienste

Weiters wird der Datenaustausch mit ausländischen Geheimdiensten „ziemlich großzügig“ geregelt, so Univ. Prof. B.C. Funk, der 1988 mit der Ausarbeitung eines Militärbefugnisgesetzes betraut wurde (Standard 6.7.00), d.h. es wird gesetzlich versucht den seit jeher begangenen Neutralitätsbruch abzusichern.

der Gemeinden eingreifen wird. Mit dem dem Gesetzgeber eigenen, nüchternen Worten wurden den militärischen Nachrichtendiensten Befugnisse eingeräumt, die allenfalls aus James-Bond-Filmen stammen könnten, aber mit einer demokratischen Rechtsstaatlichkeit unvereinbar sind. Das Militärbefugnisgesetz öffnet den Heeresgeheimdiensten Tür und Tor für die Bespitzelung von BürgerInnen.

So wird die Befugnis zur Verarbeitung von Daten eingeräumt, die durch Observation, verdeckte Ermittlung oder auch durch verdeckten Einsatz von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten (Lauschangriff) gewonnen werden. In den offiziellen Materialien zum Gesetz ist hier ausdrücklich auch von Kritikern des Heeres die Rede, die solcher Überwachung unterworfen werden sollen. Es fehlt nicht nur jegliches Reglement für einen kontrollierbaren Umgang mit derartig erworbenen Daten, sondern es wird den Geheimdiensten sogar ausdrücklich deren Weitergabe an ausländische(!) öffentliche Dienststellen erlaubt.

## Feigenblatt Rechtsschutzbeauftragter

Der vielfach bereits kritisierte „Rechtsschutzbeauftragte“ ist angesichts der weit-

tragenden Befugnisse der Geheimdienste kaum ein Feigenblatt. Vom Verteidigungsminister selbst bestellt und stets nur für die Dauer von zwei Jahren im Amt, ist von ihm eine ernsthafte und wirklich unabhängige Kontrolle wohl nicht zu erwarten. Und damit da nur ja keine Laus in den Pelz geraten kann, bestimmt das Gesetz sicherheitshalber, dass der Rechtsschutzbeauftragte „besondere Kenntnisse der militärischen Landesverteidigung“ aufweisen muss. Man bleibt besser unter sich.

## Gemeinde Purkersdorf als Handlanger

Die Stadtgemeinde Purkersdorf ist unmittelbar betroffen. In § 22 legt das Militärbefugnisgesetz den Gebietskörperschaften, das heisst Bund, Ländern und Gemeinden, sowie allen Körperschaften öffentlichen



von GR. Dr. Ingo Riß

## Erfreulich: Ein neuer „Italiener“ im „Librohof“



Rechts (z.B. Kammern, Universitäten, Hochschülerschaft, Sozialversicherungen) sowie deren Stiftungen, Anstalten und Fonds die Verpflichtung auf, Auskünfte über Menschen zu erteilen, wenn der militärische Geheimdienst dies verlangt. Die Bundesheer-Geheimdienste sichern sich damit so gut wie unkontrollierbaren Zugang zu allen Daten der Gemeinden, Sozialversicherungen, Krankenhäuser, Finanzämter, Jugend- und Sozialämter und dergleichen.

Aber damit nicht genug. § 22 Absatz 9 verpflichtet ferner die Bürgermeister (sowie Bundesbehörden und Behörden der mittelbaren Bundesverwaltung), auf Verlangen des Verteidigungsministers für den Zweck verdeckter Ermittlungen Falschurkunden (!) herzustellen. Das Gesetz spricht ausdrücklich von „Urkunden, die über die Identität einer Person täuschen“. Für den Bürgermeister relevant sind hier vor allem sämtliche Standesamttagenden wie etwa die Ausstellung von Geburtsurkunden, Heiratsurkunden oder Sterbeurkunden. Und das Gesetz stellt klar: Die Falschurkunden sind auch für den Gebrauch im Rechtsverkehr vorgesehen.

**GR Ingo Riß (LIB): „Keine Auskünfte, keine Falschurkunden für Geheimdienste!“**

Unsere Stadtgemeinde ist vom Gesetz unmittelbar zum Handlanger gemacht. Potentiell von der Bespitzelung betroffen sind alle Purkersdorferinnen und Purkersdorfer. Die Liste Baum hat daher anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht und alle GemeinderätInnen von der Bedeutung und Tragweite des Militärbefugnisgesetzes für Purkersdorf in Kenntnis gesetzt. Der Dringlichkeitsantrag griff das im Gesetz (sehr halbherzig) vorgesehene Auskunftsverweigerungsrecht auf, das nämlich dann bestünde, wenn „andere öffentliche Interessen die Interessen der militärischen Landesverteidigung erheblich überwiegen“.

Die Liste Baum empfahl in ihrem Antrag, die Stadtgemeinde Purkersdorf möge erklären, dass sie die Wahrung der verfassungsgesetzlich eingeräumten Souveränität im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde, die Wahrung der Amtsverschwiegenheit, das Vertrauen der Bevölkerung in die Verlässlichkeit öffentlicher Urkunden und Identitätsnachweise und die unabdingbare Einhaltung des verfassungsgesetzlichen Legalitätsprinzips („Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden.“) für ein solches vorrangiges öffentliches Interesse erachte, das die Interessen der militärischen Landesverteidigung erheblich überwiegt. Die Liste Baum empfahl ferner zu erklären, dass die Gemeinde Purkersdorf auch in Zukunft Auskünfte an Geheimdienste nicht erteilen und Falschurkunden nicht herstel-

**Alles zum Spitzelgesetz**

Alles zum unglaublichen Militärbefugnisgesetz der Regierung, das zu einer unkontrollierten Überwachung aller BürgerInnen führt:

**[www.friwe.at/spitzel](http://www.friwe.at/spitzel)**

len werde. Die Gemeinde möge den Nationalrat auffordern, die durch das Militärbefugnisgesetz auferlegte Verpflichtung der Gemeinden (sowie anderer Gebietskörperschaften und Institutionen) zur Mitwirkung an der Bespitzelung von BürgerInnen durch die militärischen Geheimdienste rückgängig zu machen.

**Gemeinderatsmehrheit zuckt mit den Achseln**

Die Mehrheit der GemeinderätInnen jedoch zuckte mit den Achseln. Die ÖVP-Fraktion enthielt sich in braver Gefolgsamkeit zu Schwarz-Blau geschlossen der Stimme. Die SPÖ, die mit Bürgermeister Schlögl als ehemaligem Innenminister den Erstredner gegen die schwarz-blaue Gesetzesvorlage im Parlament stellte, und die mit der Liste Baum über eine Gemeinderatsmehrheit verfügen würde, ließ den Antrag mangels erforderlicher Zustimmung bei Stimmengleichheit knapp scheitern. Abgelehnt.

In seinem Statement zum Antrag ließ Bgm. Schlögl, der mit seinem Stimmenthalten zum Scheitern maßgeblich beitrug, auch keine Unklarheit. So wies er noch extra darauf hin, dass die Gesetzesvorlage in seinen wesentlichen Zügen noch aus der Zeit der SP-VP-Koalition stamme. Also mehr rosa-rot-schwarz als schwarz-blau?

Purkersdorf im Griff der Geheimdienste? Diese Sache ist zu wichtig, um es dabei zu belassen. Wir werden die Gemeindevertretung neuerlich damit befassen – und hoffen, dass sich die GemeinderatskollegInnen besser informieren. □

**LESERBRIEF**

**Frischer Wind im Bau- und Planungsstadtratressort.**

Durch den steigenden Verkehr, vor allem von Holz- und Lastentransporten, sowie durch den Abriss der Riedmüllerbauten, wurden in der Herrengasse Schäden verursacht und die Wohnsituation fast unerträglich gemacht.

In der Sprechstunde des neuen Stadtrates D.I. Liehr habe ich die wichtigsten Punkte vorgebracht:

1. Die bereits begonnene Hebung der Kanaldeckel fertig zu stellen.

2. Den provisorischen Gehsteig Nr. 4-6 Herrengasse (seit 1 1/2 Jahren ohne Erfolg beim E-Werk urgier) endlich zu erneuern.

3. Die für Fußgänger, besonders Kindern und Müttern mit Kinderwagen, gefährliche rechte Kurve Herrengasse-Wintergasse zu verbreitern.

In nur 3 Monaten (Rekordzeit) waren alle 3 Mängel zur Zufriedenheit der Bewohner behoben. Als ich mich für die prompte Erledigung bedankte, gab Stadtrat Liehr seiner Verwunderung Ausdruck, dies sei ihm noch nicht vorgekommen. Mir, in meinen über 50 Jahren in Purkersdorf ist so eine rasche Erledigung von Mängel allerdings auch noch nicht vorgekommen!

Wer mit offenen Augen durch Purkersdorf geht, wird verschiedene Verbesserungen, wie die liebevolle Restaurierung des Friedhofsbründl samt Bankerl, verbaute und neue Glascontainer bemerken. Und, besonders erfreulich, es gibt Rastbänke für Müde und noch vieles mehr.

Es lohnt sich, um gute Zusammenarbeit zu erreichen, die Sprechstunde des neuen Stadtrates in Anspruch zu nehmen, rät

*Hilda Svoboda*

**Sie haben ein Recht auf Akteneinsicht!**

**Aktion „Akten auf“ über <http://wien.gruene.at>**

**und [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at)**

Hier finden Sie Formulare zur Anfrage der bei den österreichischen Geheimdiensten und im Innenministerium über Sie gespeicherten Daten.

**Oder telefonisch: 01 52125 239**